

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 3

Artikel: Gemeindepolitik durch die Funktionäre übernommen?
Autor: Gerteis, Martel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Martel Gerteis

Gemeindepolitik durch die Funktionäre übernommen?

Ich danke Alois Altenweger, Student in Uster, für seine erfrischende Glosse «Die erloschene Gemeindepolitik». Die Lage des Gemeindepolitikers ist sozusagen hoffnungslos, findet der Verfasser. Entweder macht er nämlich in der Gemeindepolitik gut informiert mit – dann aber wird er der Logik der Verwaltung integriert und zu einem Freizeit-Mitangestellten der Gemeindeverwaltung. Oder dann wird er in die Rolle des Nörgelers und Uninformierten abgedrängt und kostet das bittere Gefühl der Ohnmacht, des Überzähligen. «Schulhäuser, geteerte Strassen, öffentliche Beleuchtung und Kanalisationen, Gesundheitsdienst, Abfuhrwesen und Sportanlagen sind nur noch eine Frage der Statistik.»

Zunächst einmal: Die Glosse von Alois Altenweger ist natürlich Gemeindepolitik in vollendeter Form. Indem sich der Verfasser über die ohnmächtigen, umfunktionierten Gemeindepolitiker lustig macht – die in der Schweiz tatsächlich massenhaft so herumlaufen, wie sie Altenweger schildert –, möchte er doch (hoffentlich) andeuten, dass da etwas nicht in Ordnung ist, dass man es infolgedessen anders machen sollte. Und damit hat Altenweger bereits die schönste gemeindepolitische Grundsatzdebatte in Gang gebracht und Gesprächsstoff geliefert für alle jene, denen es zum Halse heraushängt, einfach

«Bestätigungsorgan» für die Vorlagen der Funktionäre

zu sein, oder dann Gratispropagandist der Verwaltung für die «Indoktrination» der Stimmbürger vor Volksabstimmungen. Altenweger ist, indem er sich über gewisse Formen der Gemeindepolitik lustig macht und aufseufzend scheinbar resigniert, selber zum Gemeindepolitiker geworden und sollte von der zuständigen Parteisektion schleunigst auf die Liste der möglichen Zukunftskandidaten für den Gemeinderat genommen werden. Sofern er will – denn er wird sich dagegen wehren, sich in den kleinkarierten

Apparat «integrieren» und sich «umfunktionieren» zu lassen. Doch selbst wenn er draussen bleibt, wird er, in seiner Rolle als Mahner, den Apparatschiks unbequem – und unbequem werden ist wohl das Höchste, was sich ein Politiker von ganzem Herzen wünschen kann.

Einiges möchte ich zu den Thesen Altenwegers aber noch hinzufügen – als alteingesessener Gemeindepolitiker, und zwar nicht nur im städtischen Gemeindeparlament, sondern auch als einer jener kleinkarierten Dorfpolitiker, der als bescheidener Aktuar einer Wasserkorporation in einem 1000-Einwohner-Kaff brav seine Protokolle schreibt und die Antwortbriefe an Gesuchsteller um Wasseranschlüsse «ausfertigt» – tatsächlich als Freizeit-Verwaltungsangestellter, der das bescheidene Sitzungsgeld jeweils an der Vorstandssitzung gleich wieder für den Kaffee und einen Servedatsalat mit Brot verbraucht.

Zunächst einmal, lieber Alois, Freund und Kupferstecher,

ist es denn so uninteressant,

über Durchmesser und Gefälle von Kanalisationen und die Probleme des Sichtbetons beim Schulhausbau und die Unterhaltskosten einer Oberflächenteerung Bescheid zu wissen? Ich habe soeben, zusammen mit meinen Wasserfreunden, einen spannenden Kampf mit dem Gemeinderat der politischen Gemeinde hinter mir. Es ging diesmal um die Frage, wer nun die 2000 Franken Schaden zu bezahlen hat, die dadurch entstanden, dass die politische Gemeinde eine Stützmauer so knapp über die Eternitleitung betonierte, dass diese Leitung nun gefährdet ist und verlegt werden muss. Es ist direkt mit Lustgefühlen verbunden, sich in die gesetzlichen Bestimmungen einzuarbeiten, den umstrittenen Vorgang genau zu rekonstruieren und dann mit Scharfsinn und Logik einen Entscheid zu fällen, der vor der Korporationsversammlung verantwortet werden kann – den Entscheid zu verteidigen auch gegen allfällige Nörgeler, die an der Gemeindeversammlung aufstehen und Auskunft verlangen.

Sinn meiner Tätigkeit als Gemeinde-Kwaplitschek ist doch wohl der, dass ich als Bürger eben gerade

nicht nur fordere

und von der Verwaltung verlange, dass sie mir ein Maximum an Wohlbefinden verschafft, sondern dass ich auch etwas *gebe*. Die Aufgabe ist gestellt: Wir brauchen Wasser. Woher nehmen? Wie speichern? Wie sauber halten? Wie finanzieren? Wie auf fünfzig Jahre hinaus die Wasserversorgung sicherstellen, auch wenn, was alle in der Gemeinde hoffen, zahlreiche Neubauten erstellt werden?

Das sind Dinge, lieber Alois, die Dich vielleicht nicht interessieren – mich aber wohl. Und ich bin stolz darauf, dass ich nicht nur Konsumbürger bin, meine Wassergebühren bezahle, über den hohen Tarif schimpfe und im übrigen darauf zähle, dass «die anderen», die «Verwaltung», mir

trotzdem so viel Wasser liefert, wie ich nur verschleudern kann. Mir macht es Spass, so von einem Nur-Konsumenten und Nur-Nörgeler zu einem Mit-Bürger «umfunktioniert» zu werden, der die Probleme besser sieht und der mit dabei ist, wenn der Entscheid über die Frage der Zulassung von Plastikleitungen gefällt wird, und wenn angesichts der gespannten Finanzlage ein neuer Tarif geboren wird, der auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Korporationsgenossen abgestimmt ist. Es mag sein, dass wir alles so gut vorbereiten, dass die Korporations-Generalversammlung dann «immer zustimmt» – weil eben die anderen nicht «Gemeindepolitiker» sind und Vertrauen in unsere Gratisverwaltung haben. Nun – und selbst wenn mir eines Tages, was ja zu erwarten ist, die lieben Korporationsgenossen wenn nicht den Schuh in den Hintern geben, so doch mich mit dem besten Dank und einem Blumenstrauss für die Frau Gemahlin aus meinen Pflichten entlassen – selbst dann möchte ich noch sagen: *Mir* hat es Spass gemacht, und ich weiss wieder einiges mehr, als ich vorher wusste.

Machen wir uns nicht zu sehr lustig über all die vielen «Dorfgrössen» und auf ihre Tendenz, sich selber sehr ernst zu nehmen! Ohne den Einsatz von Hunderttausenden dieser Nebenamts-Funktionäre könnten heute

viele Gemeinden ihren Apparat gar nicht mehr aufrechterhalten —

oder dann nur durch Anstellung von *noch mehr* vollamtlichen Funktionären und noch mehr Diktatur der Fachleute.

Altenweger hat recht, wenn er feststellt, dass immer mehr die Funktionäre die Gemeindeverwaltungen «übernehmen». Sofern, lieber Freund Alois,

sofern man sie lässt.

Wenn der Gemeindeschreiber beginnt, dem Gemeindepräsidenten Anweisungen zu geben, was er zu tun hat, dann ist es wenig sinnvoll, die Tatsache einfach zu registrieren und resigniert die Finken zu streichen und festzustellen, die Gemeindepolitik sei als Schule der Demokratie nutzlos geworden. Vielmehr ist es dann höchste Zeit, dass alle die Altenweger an der Gemeindeversammlung aufstehen und dafür sorgen, dass die Gemeinde nicht mehr vom Melkstuhl aus «geführt», beziehungsweise die Führung dem Gemeindeschreiber und dem Strassenchef und dem Verwalter der Gemeinde-Arbeitslosenkasse überlassen wird.

Richtig ist dies: In den Landgemeinden kann man nicht Politik machen wie in den Städten. Richtig – es gibt weder freisinnige noch sozialdemokratische noch BGB- noch christlichsoziale Kanalisationsröhren-Durchmesser und Heissmischteerbeläge. Es gibt vielleicht nicht einmal Parteien – oder nur eine Partei, die von denen beherrscht wird, die alle den gleichen Geschlechtsnamen tragen. Aber es gibt

Männer, die sich für ein Amt in der Gemeinde entweder eignen oder nicht eignen.

Und es kann sehr wohl eine sozialdemokratische Aufgabe sein, dafür begeistert und hartnäckig zu kämpfen, dass der richtige Mann an den richtigen Platz delegiert wird und dass jene nicht mehr gewählt werden, welche versagt haben. Das Parteibuch sagt dann sehr wenig aus. Mit dem SP-Mitgliederbeitrag kann man sich ja nicht auch noch die Fähigkeit für ein Amt kaufen. Und ich komme je länger je mehr zur Auffassung: Lieber in einer Behörde überhaupt nicht vertreten sein oder untervertreten sein, als durch Bünzli-Politiker, die dem Ansehen der Partei nur schaden.

Welches Kampffeld für die Zivilcourage der jungen Altenwegers! Welche Aufgabe für die «Gemeinde-Apo» und den «Republikanischen Klub» vom «Rössli» und vom «Hirschen»!

Und nun zu den

Gemeinden mit Gemeindeparlamenten.

In den Städten ist vielleicht die Tendenz der Verwaltung noch grösser, sich von den Gemeindepolitikern zu distanzieren und eine Fachleute-Diktatur aufzubauen, die alle Lösungen gewissermassen aus dem Computer serviert, indiskutabel und perfektionistisch nach allen Kanten geprüft – wobei auf jede dumme Frage eines Mitgliedes des Grossen Gemeinderates die Antwort bereits im Mäppchen liegt. Hier ist die Tendenz vielleicht noch grösser, sich nicht in die Karten schauen zu lassen und zu verhindern, dass sich schon im Vorbereitungsstadium einer «Vorlage» die Herren Gemeindepolitiker in Dinge einmischen, die von den Sachbearbeitern der Verwaltung doch viel, viel besser beurteilt werden können.

Der heimtückischste aller Integrationstricks, der mir in letzter Zeit als Gemeinderats-Berichterstatter und Gemeinderat aufgefallen ist, ist der: Die Exekutive fühlt sich gar nicht mehr als Gesprächspartner des Grossen Gemeinderates. Sie lässt die Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission hübsch alle Fragen der Nicht-Kommissionsmitglieder beantworten, Abänderungsanträge parieren und hält sich im Hintergrund. So wird die Rechnungsprüfungskommission von einer Delegation des Grossen Gemeinderates

in eine Delegation der Verwaltung umfunktioniert.

Für die vom Grossen Gemeinderat bewilligten Kredite kämpft nicht der Stadtrat, sondern man lädt die Ratsberichterstatter der Lokalzeitungen zu einer Pressekonferenz ein, beliefert sie mit den «Weisungen» und Modellphotos und erwartet von ihnen, dass sie als Gratispropagandisten und PR-Fachleute dem Volk die Vorlagen mundgerecht machen. Wird dann eine Vorlage verworfen, dann hört man nicht nur seitens des Stadtrates die Vermutung, «die Presse hat versagt», sondern auch seitens der lieben Parteifreunde. So wird auch die Presse «umfunktioniert», vom Diskus-

sionsforum zur PR-Abteilung des Stadtrates (mindestens derjenigen Stadträte, die in der gleichen Partei sind).

Jawohl – Alois Altenweger hat Richtiges und Wichtiges gesagt, und der Erfahrene und Abgebrühte könnte mit noch viel mehr Beispielen aufwarten. Aber wird damit die Gemeindepolitik uninteressant? Mitnichten – jetzt wird's doch erst recht spannend. Endlich wieder einmal eine handfeste Aufgabe für alle jene, denen es wurst ist, ob die Trottoirs 1 Meter 50 Zentimeter oder 2 Meter 20 Zentimeter breit sind, weil die Tiefbauer mit Hilfe von Computern das Problem schon vor Jahren ein für allemal gelöst haben. Jetzt an die Front der Gemeindepolitik, Ihr alle, die Ihr mühselig und beladen seid und den Stinker habt! Kämpft gegen den Elfenbeinturm der «Verwaltung». Sorgt dafür, dass eure Stadträte und «Kleinen Gemeinderäte» wieder aus Leuten zusammengesetzt sind, die nicht einfach ihre Aufgabe darin sehen, oberste Verwaltungschefbeamte und Departementsmanager zu sein, sondern darin, zu politisieren und dem Sach- und Expertenverstand der Chefbeamten den gesunden Menschenverstand gegenüberzustellen. Sorgt dafür, dass in die Grossen Gemeinderäte nicht einfach jene Leute abgeordnet werden, die in den «Verteiler» zwischen Partei und Gewerkschaftskartell und zwischen den einzelnen Stadtkreisen hineinpassen, sondern jene, die bereit sind,

sich ebensoviel Sachverstand anzueignen,

dass sie einem Verwaltungs-Sachbearbeiter Paroli bieten können. Blosser Kritikaster und Oppositionler können da nicht helfen. In einer echten Demokratie wird es nämlich auf die Dauer als unanständig empfunden, wenn man immer nur die anderen kritisiert, statt gelegentlich einmal Vorschläge zu machen, wie man es denn Gottfried Stutz besser machen könnte.

Und sollte dann doch einer, wie der junge Altenweger, zum Schluss kommen, dass alles umsonst war und dass man tatsächlich die «Integrations-» und «Umfunktions-Tricks» des Apparates als nicht umkehrbare Erscheinung unseres Jahrhunderts hinnehmen müsse, dann war doch diese Erkenntnis, nicht wahr, genau

der Beweis dafür, dass die Gemeindepolitik eine gute Schule der Demokratie war.

Nach dieser Schule kann der, der sich überflüssig vorkommt, immer noch als Einsiedler in die Berge gehen. Wo er sich prompt wieder mit Wasserbeschaffungssorgen, Kanalisationsfragen, Wanderwegmarkierung und Wildbachverbauung befassen muss. Seine Erfahrungen in der Baukommission der früheren Gemeinde werden ihm dabei gute Dienste leisten.